

Politiker diskutieren über Sparliste

Die Politik hat sie verlangt, die Verwaltung hat sie geliefert: Seit vergangener Woche liegt eine Liste vor, auf der die freiwilligen Zuschüsse der Stadt nachzulesen sind – Geld, das die Stadt einsparen könnte.

Obernkirchen. Die Liste umfasst folgende Bereiche:

Spielplätze: Nach wie vor 20 000 Euro pro Jahr.

Jugendhilfe: Der Stadtjugendring erhält 18 500 Euro für das nächste Jahr, zudem zahlt die Stadt 26 100 Euro für eine Stelle.

Freibad: 52 000 Euro Zuschuss in 2009.

Bücherei: Fast 9000 Euro schoss die Stadt in diesem Jahr zu.

Evangelischer Kindergarten: Über 30000 Euro Zuschuss pro Jahr.

Rasselbände: 22 100 Euro für 2010 stehen im Haushaltsplan.

Lokales Bündnis für Familien: 3000 Euro pauschal und 5000 Euro Zuschuss für das Büro. Zu viel Geld?

Vorschulbereich: Über eine Million Minus für 2008. Der Vorschulbereich wird über einen Rahmenvertrag mit dem Landkreis geregelt.

Die Hilfe des Bauhofes: In Zahlen noch nicht umgerechnet, aber die Mitarbeiter packen beim Beachvolleyball, beim Symposium, beim Schützenfest und bei der Weihnachtsbeleuchtung mit an. Das rechnet sich.

Das alles, so erklärte Kämmerer Wolfgang Seele im Finanzausschuss, gehe zu Lasten des Stadtsäckels. Und nicht immer erhalte die Stadt einen Gegenwert wie etwa beim Beachvolleyballturnier, wo man zwar beim Aufbau die Bauhof-Mitarbeiter stelle und später dafür den Sand behalten dürfe. „Auch wenn die Qualität des Sandes Jahr für Jahr schlechter wird.“ Aber für den Austausch der Sandkisten auf den Spielplätzen reiche er noch aus, meinte Seele. Die Unterdeckung für den diesjährigen Haushalt schätzte Bürgermeister Oliver Schäfer auf rund 2,5 Millionen Euro – immerhin sei das spürbar weniger als bei der Veranschlagung des Haushaltes, als man von einer Summe von drei Millionen ausgegangen sei. Kämmerer Wolfgang Seele sprach von einem „sehr sehr beengten Haushalt“, Bernd Kirsch (WIR/Grüne) verwies auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und seine finanziellen Folgen. Die könnten fatal sein, hatte auch der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der deutsche Landkreistag in einer gemeinsamen Stellungnahmen nach dem jüngst im Bundestag beschlossenen Gesetz gewarnt: „Sich immer weiter auftürmende Schulden“ und „zerfallende öffentliche Infrastruktur“. Auf Deutsch: Der Bund treibt die Städte in die Pleite. Wie es in der Praxis aussehen werde, umschrieb Kämmerer Seele im Finanzausschuss so: „Da die Länder am lautesten schreien, sind sie die Hauptbetroffenen. Dann werden sie in unsere Taschen greifen – wie in der Vergangenheit auch.“ Schäfer und Seele verweisen auf die Stadt Bad Gandersheim, die per Anordnung sämtliche freiwilligen Leistung hatte streichen müssen, um sich ausschließlich auf ihre Pflichtaufgaben zu konzentrieren – mit dem Ergebnis, dass sich dann die Kreisumlage geändert habe: Sie fiel deutlich höher aus. In der Politik nennt man das so: Linke Tasche, rechte Tasche. Was man sich auf der einen Seite einsteckt, wird auf der anderen Seite weggenommen. Wilhelm Mevert (SPD) verwies auf die Verbindung der freiwilligen Leistungen und der Stadtentwicklung: „Wir können alles runterfahren – und machen alles kaputt.“ Bei einem Haushaltsvolumen von zwölf Millionen Euro rede man hier über 100 000 Euro Unterstützung für das Ehrneamt. Schäfer sah es ähnlich: Niemand wolle die Zuschüsse für die „Rasselbände“ oder den evangelischen Kindergarten kürzen. Und, mit Blick auf das Freibad: Dies sei ein sogenannter weicher Standortfaktor, der fraglos erhalten bleiben müsste. Mit Blick auf die vergangenen zwei, drei Jahre könne sich der Rat durchaus auf die Schulter klopfen, kommentierte Schäfer den Kampf gegen die Schulden. Obernkirchen habe der Versuchung, die Mehreinnahmen gleich wieder auszugeben, widerstanden, und das Geld richtigerweise in die Schuldentilgung investiert. rnk